

Schutz der Menschenwürde in Zeiten der Wirtschaftskrise

Abschlussklärung des Internationalen Workshops von Justitia et Pax Europa

Oktober 2014

Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen, in der 22 nationale Kommissionen katholischer Bischofskonferenzen vertreten sind, hat in Griechenland vom 3. bis 8. Oktober 2014 einen Internationalen Workshop zum Thema Menschenwürde und Wirtschaftskrise veranstaltet. In Griechenland waren die Folgen der Krise besonders deutlich zu spüren, und die Menschen gingen auf die Straße, um gegen die weit verbreitete Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu protestieren. Wir sind hier zusammengekommen, um über die Bedrohung und über Verstöße gegen die Menschenwürde, die sich in der Krise gezeigt haben, zu reflektieren und um gute Praxisbeispiele zum Schutz der Menschenwürde kennenzulernen.

Während des Workshops trafen wir auf Mitglieder der Nichtregierungsorganisationen Praxis und Klimaka, die wertvolle soziale Outreach-Initiativen anbieten. Wir besuchten das Aufnahmelager Amigdaleza, in dem Asylsuchende untergebracht sind, und die Society for the Care of Minors, die sich um minderjährige Migranten kümmert. Wir trafen Vertreter der politischen Parteien, und die Veranstaltung wurde durch einen Vortrag von Professor Vassilis Karydis, Stellvertretender Ombudsmann, eröffnet, der aktuelle Herausforderungen mit Bezug auf den für die Menschenrechte relevanten gesetzlichen Rahmen darstellte.

In einer Ansprache vor den Vereinten Nationen im Mai 2014 forderte Papst Franziskus ein Ende der „Wirtschaft der Ausgrenzung“ durch Aktionen, die „effektive Auswirkungen auf die strukturell bedingten Ursachen der Armut und des Hungers haben und weitere, noch wesentlichere Ergebnisse auf dem Gebiet des Umweltschutzes erzielen können und allen Menschen eine menschenwürdige und ertragreiche Arbeit und einen angemessenen Schutz der Familie zusichern“¹. Gleichermaßen wird durch die Erfahrung der NGOs, die wir besucht haben, die Bedeutung der Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft noch unterstrichen. Die Menschen finden keinen Zugang zu Beschäftigung und können sich nicht erfolgreich in die Gesellschaft integrieren, wenn sie obdachlos sind, über kein Einkommen verfügen, oder weil sie aufgrund von Beeinträchtigungen ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit ärztliche Behandlung benötigen. Diese Organisationen verfolgen einen personenbezogenen Ansatz, der davon ausgeht, dass unser Einsatz für die Schwächsten der Gesellschaft sich an deren Bedürfnissen orientieren muss. Kurzfristigen spielen die Gemeinden und der Freiwilligensektor eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der Menschen, die am stärksten marginalisiert und ausgegrenzt werden. Die Nachhaltigkeit dieser Initiativen angesichts ständig zunehmender Bitten um Unterstützung ist ein wesentliches Anliegen.

Während die NGOs schon einen wichtigen Beitrag zur Linderung der sozialen Not leisten, können die strukturellen und systemischen Faktoren, die Menschen in einem Kreislauf aus Armut und Entbehrung gefangen halten, nur durch eine Veränderung der Politik auf Regierungsebene beeinflusst werden. Die Politik sollte von einem ganzheitlichen Ansatz zur Lösung komplexer Bedürfnisse geprägt sein, wie ihn die Handlungsweise der Organisationen, die wir besucht haben, veranschaulicht. Investitionen in Modelle, die Menschen dazu befähigen, sich in die Gesellschaft zu integrieren und ihren Beitrag zu leisten, sind für die ganze Gesellschaft von Nutzen. Während unseres Workshops

¹ http://w2.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2014/may/documents/papa-francesco_20140509_consiglio-nazioni-unite.html

lernten wir positive Beispiele für sozialwirtschaftliche Initiativen kennen. Diese sollten als eine Möglichkeit weiterentwickelt und untersucht werden, die dazu beitragen kann, Einzelpersonen und Gemeinschaften dabei zu unterstützen, aktiv an der Verbesserung ihrer Situation mitzuwirken.

Von den Vertretern der Politik erfuhren wir von der starken Entfremdung der Menschen vom politischen Prozess, die sich innerhalb der griechischen Gesellschaft gezeigt hat. Die Krise wurde nicht nur als eine politische Krise wahrgenommen, sondern auch als eine moralische und soziale Krise, was einen grundlegenden Kurswechsel erforderlich macht. Diejenigen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden, fühlen sich frustriert durch das systemische Versagen von Führung und Politik, die finanzielle Erwägungen über grundlegende Menschenrechte und Wohlergehen gestellt haben. Die Herausforderung für die politische Führung sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene liegt darin, das Vertrauen wieder aufzubauen, indem den Bedürfnissen der Menschen Vorrang gegenüber den Anforderungen des Marktes gewährt wird und die Menschen so dazu angeregt werden, sich wieder an demokratischen Prozessen zu beteiligen, um ein demokratisches und solidarisches Europa aufzubauen. Die Erfahrungen in Griechenland verweisen auf die Wichtigkeit einer faireren Steuer- und Investitionspolitik, die sicherstellt, dass die Steuerlast nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verteilt wird, dass Steuerhinterziehung erfolgreich bekämpft wird und dass die Regulierung des Finanzsektors sicherstellt, dass Finanzinstitute dem Gemeinwohl dienen.

Dauerhafte Lösungen dieser Probleme müssen auf europäischer Ebene von einer Politik unterstützt werden, die die Bedürfnisse der schutzbedürftigsten Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. In zehn Tagen, am 17. Oktober, treffen sich hochrangige Vertreter der 47 Mitgliedstaaten des Europarates in Turin, um kritisch zu überprüfen, welche Fortschritte im Hinblick auf die Umsetzung der Europäischen Sozialcharta erzielt wurden. Gemeinsam mit anderen NGOs wird Justitia et Pax Europa an einer parallel stattfindenden Veranstaltung zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut teilnehmen. Diese Tagungen bieten eine wertvolle Gelegenheit, unser Engagement für den Schutz sozialer und ökonomischer Rechte, die in der Sozialcharta verankert sind, zu verstärken.

Ein weiterer Schwerpunktbereich, der während unseres Workshops identifiziert wurde, ist die Migrations- und Asylpolitik. In Griechenland, wie auch in vielen anderen EU-Staaten, werden Migranten und Menschen, die Asyl suchen, unter Bedingungen festgehalten, die unsere Verantwortung für den Schutz der Menschenwürde bei weitem nicht widerspiegeln. Die Praxis, diese Menschen, einschließlich Opfer von Gewalt und Traumatisierung, in gefängnisähnlichen Einrichtungen unterzubringen und festzuhalten, ist ein grobes Unrecht. Unter solchen Bedingungen ist die Vorsorge, die für die körperliche und geistige Gesundheit der Menschen und für ihr Wohlbefinden getroffen wird, absolut unzureichend. Das Recht auf ein Familienleben wird nicht respektiert. Diese Erfahrung ist besonders schädlich für junge Menschen, die sich in den entscheidenden Jahren ihrer Entwicklung befinden.

Solidarität und geteilte Verantwortung müssen die entscheidenden Werte der EU-Migrationspolitik sein. In der Praxis würde dies bedeuten, dass die Länder, die aufgrund ihrer geografischen Lage mehr Flüchtlinge aufnehmen, zusätzliche Unterstützung erhalten müssten. Dialog und Engagement in den Herkunftsländern wird von großer Bedeutung sein. Im Falle von Griechenland könnte ein wichtiger Beitrag darin liegen, die griechische Regierung von der Verpflichtung zur Kofinanzierung, die mit dem EU-Flüchtlingsfonds verbunden ist, zu entbinden. Als Folge dieser Bedingungen laufen wertvolle Initiativen, die die Integration von Migranten fördern, Gefahr, ihre finanzielle Unterstützung in naher Zukunft zu verlieren.

Am Ende unseres Workshops möchten wir unseren Gastgebern, der Justitia et Pax Kommission Griechenlands und der katholischen Kirche in Griechenland, unseren herzlichen Dank aussprechen für ihre Bereitschaft, ihre Erfahrungen mit uns zu teilen. Allen Organisationen, die unsere Workshops veranstaltet haben, danken wir für die Einblicke, die sie uns in ihre Arbeit gewährt haben. Aus der hier gewonnenen Erfahrung nehmen wir viele wertvolle Einsichten für unseren eigenen nationalen Kontext und unsere Arbeit auf europäischer Ebene mit. In den Gemeinden sowie bei Freiwilligen- und kirchlichen Organisationen haben wir das inspirierende Beispiel von Menschen gesehen, die trotz begrenzter Mittel einen Beitrag dazu leisten, das Leben anderer positiver zu gestalten. Dadurch wird jeder von uns ermutigt, so wie er oder sie kann, aktiv zu werden, denn selbst kleine Initiativen können schon eine große Wirkung erzielen.

Die Teilnehmer/innen am Internationalen Workshop und an der Generalversammlung trafen sich zuerst in Athen und reisten dann weiter nach Korinth. So wurde die Zusammenkunft mit einer Wallfahrt verbunden. Am Samstag, dem 4. Oktober, wurde auf dem Areopag am Fuß der Akropolis, wo der Apostel Paulus seine berühmte Predigt an die Athener gehalten hatte, eine Messe gefeiert. Die Messe, die erste öffentliche Messe für Katholiken in moderner Zeit, wurde von Bischof William Kenney, dem aus dem Amt scheidenden Präsidenten von Justitia et Pax Europa, zelebriert. Nach der Messe rollten die Teilnehmer ein Banner auf. Darauf stand Folgendes: „Ändert euer Leben jetzt: alle und überall“, eine der zentralen Aussagen in der Predigt des heiligen Paulus. Am Sonntag folgte die Gruppe den Spuren des Apostels und feierte eine weitere Messe auf der Stätte des antiken Korinth.